

6. Regelmässiger Ausgleich der «warmen Progression»

Motion Mario Senn (FDP, Adliswil), Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen), Gabriel Mäder (GLP, Adliswil) vom 12. Dezember 2023

KR-Nr. 412/2023, RRB-Nr. 192/28. Februar 2024 (Stellungnahme)

Ratspräsident Jürg Sulser: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, die Motion nicht zu überweisen.

Mario Senn (FDP, Adliswil): Wir haben ein progressives Steuersystem. Die Idee hinter der Progressivität ist, dass verhältnismässig einkommensstarke Haushalte mit einem höheren Anteil dieses Einkommens zur Finanzierung des Staates beitragen als einkommensschwache. Erhöht sich der Lohn, steigt man in eine höhere Progressionsklasse auf, die Steuerbelastung steigt überproportional. Die Progressionsstufen werden regelmässig gemäss der Entwicklung des Landesindex der Konsumentenpreise, kurz LIK, angepasst. So ist sichergestellt, dass ein allein durch die Teuerung verursachter Anstieg der Nominallöhne, der gar nicht mit einer Kaufkraftzunahme verbunden ist, nicht zu einer höheren Steuerbelastung führt. Dies ist der bekannte Ausgleich der kalten Progression, der im Wesentlichen am 8. Juni 1986 in einer Volksabstimmung so beschlossen wurde.

Aber die Löhne steigen nicht nur wegen der Teuerung, im Gegenteil, die Löhne steigen bei uns heute vor allem wegen Produktivitätsgewinnen. Solche Produktivitätsfortschritte entstehen durch Innovation oder Effizienzgewinne dank intensivem Wettbewerb. Diese Lohnanstiege werden jedoch derzeit nicht ausgeglichen. Man spricht von der warmen beziehungsweise realen Progression. Der Effekt ist derselbe wie bei der kalten Progression: Die Steuerquote steigt stetig und ohne demokratische Mitwirkung.

Wer aber leidet unter diesen stetigen Steuererhöhungen? Belastet werden der Mittelstand und die unteren Einkommen. Deren Steuerbelastung steigt, obwohl diese Haushalte innerhalb des Lohngefüges nicht aufgestiegen sind. Die höchsten Einkommen sind vom fehlenden Ausgleich der warmen Progression hingegen viel weniger betroffen. Wenn Sie mal beim 13er, der höchsten Progressionsstufe, angekommen sind, steigt die Durchschnittssteuerbelastung kaum mehr. Die warme Progression entfaltet also sozusagen eine degressive Wirkung, von der eigentlich beabsichtigten progressiven Wirkung bleibt da nicht mehr viel übrig. Damit kommen wir zur eigentlichen Kernfrage: Was ist der Zweck des progressiven Steuersystems? Geht es darum, dass einkommensstärkere Haushalte verhältnismässig mehr beitragen sollen und eine gewisse Umverteilung erzielt werden soll? Oder geht es einfach darum, dass der Staat möglichst viele Mittel erhält?

Für die FDP ist klar, es geht nicht an, dass die Steuerquote des Mittelstandes und der unteren Einkommensgruppen, die man mit vielen sozialstaatlichen Leistungen entlasten will, stetig erhöht wird. Die Forderung der Motion ist deshalb denkbar einfach: Künftig soll die reale beziehungsweise warme Progression und nicht nur die kalte Progression ausgeglichen werden. Die Progressionsstufen sollen neu

also gemäss der Entwicklung der Nominallöhne, beispielsweise gemäss Nominallohnindex, angepasst werden – und nicht mehr gemäss LIK.

Der Regierungsrat lehnt unsere Motion ab. Also eigentlich lehnt er alle meine Vorstösse ab, die ich an die Finanzdirektion richte (*Heiterkeit*). Wenn ich es nicht anders wüsste, müsste ich fast annehmen, dass Sie, Herr Regierungsrat (*Ernst Stocker*), mich gar nicht mögen (*Heiterkeit*). Aber vielleicht geht es einem so, wenn man der liberalen Opposition angehört (*Heiterkeit*).

Der Regierungsrat begründet seine Ablehnung unter anderem mit Mindereinnahmen. Nun, lassen Sie sich davon nicht täuschen. Es wäre nicht so, dass der Kanton beim Ausgleich der warmen Progression plötzlich weniger einnehmen würde, sondern es wäre einfach so, dass die Einnahmen in Zukunft nicht mehr so stark wachsen könnten. Wenn der Regierungsrat findet, es brauche für die Ausgaben mehr Mittel, dann soll er dies gut begründen und einen Antrag an den Kantonsrat stellen, aber nicht einfach die breite Bevölkerung mehr abschröpfen. Weiter weist die Regierung auf den Fall hin, in dem die Teuerung grösser ist als die Nominallohnentwicklung. Ja, das kann es, wie 2021/2022, tatsächlich geben, ist aber die grosse Ausnahme und auch nicht wirklich relevant. Die Nominallöhne passen sich immer früher oder später der Teuerung an, allenfalls mit leichter Verzögerung. Der Nominalindex hat, vereinfacht gesagt, zwei Treiber: einerseits die Teuerung, andererseits das Reallohnwachstum. Der LIK, der heute relevant ist für die Anpassung der Tarifstufen, spiegelt hingegen nur die Teuerung. Deshalb wäre es irreführend zu behaupten, dass die Steuerzahlenden irgendwie schlechter fahren würden, wenn man statt des LIK den Nominalindex verwenden würde.

Gemäss Regierungsrat ist der Ausgleich der warmen Progression nicht üblich. Deshalb soll der Kanton Zürich sie nicht ausgleichen. In seiner Stellungnahme schreibt der Regierungsrat aber auch, dass der Kanton Zürich der erste Kanton war, der den regelmässigen Ausgleich der kalten Progression einführte. Es wäre mutig, wenn der Kanton Zürich auch hier voranginge, denn heute ist im Gegensatz zu den 1980er-Jahren nicht mehr die Teuerung der Hauptlohntreiber, sondern die Reallohnentwicklung. Wobei: Andere Kantone sind uns schon voraus. In diversen Kantonen wurde die Regierung beauftragt, entsprechende Vorlagen zu präsentieren. Und auch die nordischen Länder – Schweden, Norwegen, Dänemark –, die ja traditionell sozialdemokratisch dominiert sind, machen dies.

Zusammengefasst kann es nicht sein, dass eine diffuse Angst vor zukünftig etwas weniger stark steigenden Einnahmen ein Grund ist, um das stetige Anwachsen der Steuerquote auf dem Buckel des Mittelstandes aufrechtzuerhalten. Ich lade Sie ein, der Motion zuzustimmen.

Stefan Feldmann (SP, Uster): Grigori Alexandrowitsch Potjomkin war ein russischer Fürst und Feldmarschall des 18. Jahrhunderts. Er erhielt von Zarin Katharina der Grossen den Auftrag, neu eroberte Gebiete zu besiedeln. Allerdings lief das nicht wie gewünscht. Um aber bei seiner Herrscherin nicht in Ungnade zu fallen und um zu beweisen, dass es mit der Besiedlung Neu-Russlands dennoch zügig vorangeht, baute er für eine Reise der Zarin in der Steppe gutaussehende

Attrappen-Dörfer, versah sie mit wohlklingenden Namen und machte so bei seiner Herrscherin Eindruck. Grigori Alexandrowitsch Potjomkin verstarb vor mehr als 200 Jahren, doch er hat uns das geflügelte Wort des «Potemkinschen Dorfes» hinterlassen, es bezeichnet die kunstvolle Vorspiegelung falscher Tatsachen. Und wie man an diesem Vorstoss sieht, ist diese Kunst auch heute noch in Gebrauch. Die vorliegende Motion nimmt ein Thema auf, das es bislang noch gar nicht gab. In der Datenbank der Vorstösse des Kantonsrates taucht der Begriff vor 2023 nirgends auf. Auch in meinen zwölf Jahren als Mitglied der WAK (*Kommission für Wirtschaft und Abgaben*) sind wir zuvor noch nie auf dieses Thema gestossen, und wir haben in dieser Zeit so ziemlich jede Auseinandersetzung geführt, die in den politischen Schützengräben der Steuerpolitik geführt werden können. Und auch in der Mediendatenbank sieht es ganz ähnlich aus, der Begriff «warme Progression» ist auch dort ein neues Phänomen, was kein Wunder ist, denn dieses Potemkinsche Dorf wurde erst kürzlich errichtet, und zwar vom Architekturbüro Avenir Swiss (*Schweizer Think-Tank*). Diese neoliberale Denkfabrik fällt ja auch sonst immer wieder auf mit kreativen Ideen, «kreativ» in Anführungszeichen. Geschickt ist – das muss ich einräumen – die begriffliche Anlehnung dieser Neuerung an die kalte Progression. Diese wird im Kanton Zürich regelmässig ausgeglichen, was – dies sei nebenbei erwähnt – auf einen Vorstoss der SP-Fraktion (*KR-Nr. 69/2009*) zurückgeht, nachdem sich bürgerliche Finanzdirektorinnen und -direktoren über Jahre geweigert hatten, die aufgelaufene kalte Progression auszugleichen. Dass der Kanton Zürich die kalte Progression ausgleicht, das ist richtig und wichtig und ergibt sich aus der Logik unseres Steuersystems. Bei der kalten Progression rutschen Steuerzahlende wegen der Teuerung in eine höhere Steuerklasse, obwohl sich dabei ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht verbessert hat. Und hier liegt jetzt auch der entscheidende Unterschied zwischen der kalten und dieser angeblich warmen Progression: Ein Anstieg des Realeinkommens ist ja nichts anderes als eine Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Und da sich unser Steuersystem an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit orientiert, ist es eben nichts als logisch, dass, wer mehr verdient, auch mehr zu den Steuern beiträgt und dabei unter Umständen auch in eine höhere Steuerklasse fällt. Das ist der zentrale Kern unseres progressiven Steuersystems. Und deshalb ist die argumentative Anlehnung an das Prinzip des Ausgleichs der kalten Progression eben auch schlicht und einfach falsch. Wer so argumentiert, hat das grundlegende Prinzip einer Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit nicht begriffen. Aber warum Avenir Suisse diese falsche Verknüpfung macht, ist auch klar: Wer würde denn von einem Ausgleich dieser imaginären warmen Progression vor allem profitieren? Es sind – das ist in einem progressiven Steuersystem gar nicht anders möglich – nicht primär die tiefen Einkommen, es ist nicht der Mittelstand, nein, es sind primär die hohen Einkommen. Total würde ein Ausgleich dieser fiktiven warmen Progression den Kanton 240 Millionen Franken kosten, die Gemeinden nochmals so viel, somit sprechen wir hier summa summarum also über einen Steuerausfall von fast einer halben Milliarde Franken pro Jahr. Logisch, versucht man deshalb, diese Forderung als blossen Ausgleich für eine angeblich neu entdeckte Ungerechtigkeit, angeblich alle betreffend, zu verkaufen und nicht

als das, was es in Tat und Wahrheit ist, eine erneute Steuerermässigung vor allem für hohe Einkommen.

Wie gesagt, ein Potemkinsches Dorf ist nichts anders als die kunstvolle Vorspiegelung von falschen Tatsachen. Grigori Alexandrowitsch Potjomkin hatte damit Erfolg, Zarin Katharina machte den Fürsten nach besagter Reise zu ihrem Geliebten (*Heiterkeit*). Auch die Motionäre werden heute in diesem Rat viel Liebe für diesen Vorstoss finden und Erfolg haben und ihn an die Regierung überweisen, auch wenn offenbar der Finanzdirektor den Motionären, den Erstunterzeichner, offenbar nicht so liebt. Aber ich bin sicher, die Zürcherinnen und Zürcher werden dereinst, wenn sie am Zuge sind, diese Kulissenschieberei durchschauen und dieses Anliegen ablehnen, so wie die SP-Fraktion schon heute diese Motion ablehnen wird. Besten Dank.

Gabriel Mäder (GLP, Adliswil): Unser Steuersystem ist kein Naturgesetz, sondern ein sorgfältig austarierter finanzpolitischer Kompromiss. Und es ist uns sehr wohl bewusst, dass die Bevölkerung kritisch gegenüber Erneuerungen an bestehenden finanzpolitischen Systemen ist. Aber mit dieser Motion möchten wir ja gerade den aktuellen Stand des Finanztransfers zwischen den Einkommensschichten bewahren und verhindern, dass mittlere und tiefe Einkommen zukünftig stärker belastet werden. Der GLP ist es wichtig, dass sich Arbeit lohnt, und für uns ist klar, dass Lohnerhöhungen der Bevölkerung gehören und nicht dem Steuereinkommen, und genau dies ist heute nicht der Fall. Dazu ein paar Zahlen: Von 2012 bis 2020 ist das gesamte steuerbare Einkommen der Zürcher Bevölkerung von rund 54 Milliarden auf 68 Milliarden Franken gestiegen, ein beeindruckender Anstieg von 25 Prozent. In der gleichen Periode sind die Staatssteuern hingegen um 33 Prozent angewachsen. Die Steuereinnahmen sind somit 8 Prozent stärker angestiegen als die Einkommen, aber nicht alle Einkommensschichten haben gleich viel zu den Mehreinnahmen beigetragen. Wenn die Löhne um 10 Prozent steigen, steigt die Steuerlast eines Mitarbeiters mit einem Lohn von 50'000 Franken nicht um 10 Prozent, sondern um 21 Prozent, während die Teamleiterin mit 100'000 Franken Einkommen 16 Prozent mehr an Steuern abliefern muss. Nur in den höchsten Steuerklassen gleicht sich die Mehrbelastung der Einkommenserhöhung an. So werden ab einem Einkommen von 1 Million Franken und einer Einkommenssteigerung von 10 Prozent lediglich 11 Prozent mehr an Steuern fällig. Das heisst, bei steigender Produktivität der Firmen tragen die tiefen Einkommen immer mehr zum gesamten Steuertopf bei, während der Anteil der Spitzenverdiener am Steuereinkommen sinkt. Sie können das gerne mit dem Steuerrechner überprüfen.

Der Effekt der warmen Progression ist real und findet auf dem Buckel des Mittelstandes und der Geringverdiener statt. Mit dieser Motion haben wir die Möglichkeit, dies zu ändern, sodass die Lastenverhältnisse bewahrt bleiben und die Steuerlast für alle gleichmässig ansteigt. Das heisst: Steigt die Produktivität um 10 Prozent, soll auch die Steuerlast in allen Einkommensklassen nur um 10 Prozent steigen. Und wir sprechen hier nicht von Einzelfällen. 2020 wiesen 45 Prozent der Steuerpflichtigen ein steuerbares Einkommen von weniger als 50'000 Franken

aus. Und weitere 45 Prozent der Steuerleistenden hatten ein Einkommen zwischen 50'000 und 150'000 Franken, ihnen kämen schätzungsweise zwei Drittel der Entlastung zu. Das ist nicht nur sozialpolitisch zu begrüssen, sondern auch aus Sicht des Wirtschaftsstandortes Zürich, denn diese Einkommensgruppen geben das Geld hier im Kanton aus. Mit dieser Entlastung unterstützen wir somit auch die Zürcher Wirtschaft, die von der höheren Kaufkraft des Mittelstandes profitieren wird. Und wenn die Regierung die Motion mit dem Argument ablehnt, dass bei einer Annahme die Steuereinnahmen um 240 Millionen Franken pro Jahr sinken würden, verschleiert sie, worum es bei dieser Motion geht. Diese Motion zielt nicht auf die Höhe der Steuereinnahmen ab. Die Höhe der Steuereinnahmen wird mit dem Steuerfuss bestimmt, und über den Steuerfuss kann der Kantonsrat alle zwei Jahre bestimmen. Unsere Motion zielt auf den Steuertarif und die Lastenverteilung zwischen den Einkommensschichten ab. Es geht um eine faire Aufteilung der Steuerrechnung unter der Bevölkerung.

Die GLP ist der Ansicht, dass es die Fairness gebietet, dass die Steuereinnahmen parallel mit dem Wachstum der Löhne steigen soll. Wenn die Regierung darüber hinaus noch zusätzliche Einnahmen benötigt, soll sie dies auf dem ordentlichen Weg über eine Steuerfusserhöhung einfordern und nicht über die Hintertür. Mit dem Ausgleich der warmen Progression haben wir ein Mittel, das die Regierung zum sparsamen Handeln anspornt und das zudem den sozialen Ausgleich des Steuersystems bewahrt. Deshalb unterstützt die GLP diese Motion.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Wir können uns leider gar nicht für diesen Vorstoss erwärmen, wenig überraschend wahrscheinlich. Das hat allerdings nichts mit persönlichen Sympathien zu tun, das kann ich Ihnen versichern, sondern wir verfolgen einfach eine andere Steuerpolitik. Mich hat vor allem so dieser Terminus «ausgesprochen degressive Wirkung» aufgeschreckt, und ich bin dem dann nachgegangen und habe auch in diese Avenir-Suisse-Studie reingeschaut. Und was ich festgestellt habe: Das ist nicht degressiv, sondern ist einfach ein klassischer Deckeneffekt. Also wenn alle Leute etwas hochrutschen und erhält nachher die höchste Progressionsstufe mehr Menschen, die dazu beitragen. Das ist keine degressive Wirkung, sondern Sie haben eben einen Deckeneffekt. Das heisst, das reichste Prozent, diejenigen, die irgendwie supersupersuperreich sind, zahlen gleich viele Steuern wie diejenigen, die nur superreich sind. Das kann man natürlich als störend empfinden, aber dann können Sie auch einfach eine Progressionsstufe mehr machen und nachher zahlen die auch wieder mehr, das löst diese Probleme auch. Bei der kalten Progression, da kann ich das noch nachvollziehen, da geht es darum, dass Leute einfach nur nominell mehr in ihrem Portemonnaie haben. Aber sie haben nicht effektiv mehr Kaufkraft, wegen der Teuerung, und darum wird das ausgeglichen. Man rutscht dann schnell in eine neue Progressionsstufe, obwohl man nicht wirklich mehr kaufen kann. Aber hier reden wir über Nominallöhne. Die Wirtschaft wächst, die Leute verdienen mehr, sie haben tatsächlich mehr Geld. Und ja, dann zahlen sie mehr Steuern. Also das ist normal, das ist Teil unseres Steuersystems, Stefan Feldmann hat das ja auch schon gut dargelegt. Und ich verstehe auch nicht die Argumente, der Regierungsrat würde

hier etwas durch die Hintertür einführen. Das macht er ja gar nicht, Sie fordern eine Änderung des bestehenden Systems.

Und was halt schon nicht so schnell unter den Tisch gekehrt werden kann, dass es tatsächlich Steuerausfälle gibt. Auch wenn man den Steuerfuss nicht verändert, wenn Sie diese Progressionsstufen anpassen, dann schätzt der Regierungsrat, dass 240 Millionen Franken jährlich wegfallen. Das ist ein grosser Brocken und das wird dann irgendwo anders eingespart. Und das wird selbstverständlich dann bei öffentlichen staatlichen Leistungen eingespart, beim Service public, und das kommt nie und nimmer dem Mittelstand zugute. Hören Sie doch auf mit dieser Mär, dass Steuersenkungen irgendwie den Mittelstand entlassen, sondern Geld fehlt, weil die Reichen weniger zahlen. Und nachher werden staatliche Leistungen abgebaut, und das hilft nie dem Mittelstand und den unteren Einkommen. Darum finde ich es recht hanebüchen, wenn man sagt, es gehe hier darum, Fairness herzustellen. Es geht einfach darum, weitere Steuerentlastungen zu machen. Also das ist für Sie ja ein Selbstzweck, das anerkenne ich, wir haben einfach eine ganz andere Meinung. Und ich finde es recht kreativ, was Sie hier immer wieder für neue Ideen haben, aber stehen Sie doch einfach dazu, dass Sie halt Steuerentlastung wollen, und schwafeln Sie nicht irgendwie von Fairness und den unteren Einkommen, die entlastet werden müssen. Wir lehnen diese Motion ab.

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen): Die Steuern stellen einen wesentlichen Faktor dar, welcher die Kaufkraft unserer Bürgerinnen und Bürger mindert. Sie reduzieren das verfügbare Einkommen und belasten insbesondere den Mittelstand unverhältnismässig stark. Unsere Kolleginnen und Kollegen von der linken Ratsseite betonen stets die Bedeutung der Kaufkraft für die Bevölkerung. Sie weisen oft auf die hohen Mieten und die Krankenkassenprämien hin und geben vor, die Hüter der Kaufkraft zu sein.

Aber genau die Linken sind die Kaufkraftvernichter. Während des weltweit sehr hohen Inflationsschubs nach der Corona-Pandemie (*Covid-19-Pandemie*) konnte die Schweiz aufgrund ihrer starken Währung beziehungsweise dank einer niedrigen Staatsverschuldung eine relativ schwache Inflation verzeichnen. Diese Schuldenbremse, die massgeblich zur Stabilität beigetragen hat, wird von den Linken jedoch gemäss ihrer letzten Parteiversammlung als überflüssig erachtet. Würden wir Ihre Rezepte anwenden, hätten wir mehr Inflation und mehr Steuern aufgrund von mehr Staatsausgaben. Darüber hinaus tragen linke Massnahmen zur Verteuerung des täglichen Lebens bei. Reisen wird durch höhere Flugtickets und Abgaben verteuert, die Energiekosten steigen durch höhere Umweltauflagen und sogar Lebensmittel werden durch übertriebene Regulierungen teurer gemacht. Mit dem Ausgleich der warmen Progression wollen wir dem Mittelstand die Kaufkraft, die so wichtig ist für Sie, erhalten. Unsere Politik, die auf finanzieller Stabilität basiert, kommt letztlich allen zugute, auch den schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft. Durch den Ausgleich der warmen Progression stärken wir die Kaufkraft aller.

Zusammenfassend: Der Ausgleich der warmen Progression ist nicht nur eine Frage der Steuergerechtigkeit, sondern auch eine Frage der wirtschaftlichen Vernunft, und deshalb danken wir für die Unterstützung.

Thomas Anwander (Die Mitte, Winterthur): Wir sind uns alle einig, dass der Steuertarif veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst werden muss. Die entscheidende Frage ist: Welches sind die relevanten Parameter? Ist es der Landesindex der Konsumentenpreise oder die Entwicklung der Nominallöhne? Der Landesindex der Konsumentenpreis ist eine Referenzgrösse, die allgemein bekannt ist und sich auch bewährt hat. Wir kennen diese Referenzgrösse bei den Lohnverhandlungen, bei langfristigen Verträgen, zum Beispiel im Mietrecht, oder auch bei langfristigen Lieferverträgen.

Die Mitte ist sehr skeptisch, ob der Ausgleich der warmen Progression wirklich das dringendste Thema in der aktuellen Diskussion über die Weiterentwicklung des Steuerrechts im Kanton Zürich ist. Wir haben zurzeit eine Vielzahl von einzelnen Vorschlägen, die alle in sich gut tönen, aber es fehlt die Gesamtschau. Wir möchten gern eine Gesamtbetrachtung, wie das Steuerrecht im Kanton Zürich modernisiert werden kann. Je nach Entwicklung der Wirtschaft hat aber die Inflation und somit die kalte Progression einen grösseren Einfluss als die Entwicklung der Nominallöhne. Preisstabilität ist für den Erhalt der Kaufkraft wichtig. Hier ist insbesondere auch die Nationalbank gefordert, die auch in der Vergangenheit eine sehr gute Arbeit geleistet hat.

Entscheidend ist aber, dass im Steuerrecht der Grundsatz der Besteuerung gemäss wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit gilt. Die Erhöhung der Nominallöhne ist aber ein klares Indiz, das sich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verbessert hat. Und somit ist es durchaus gerecht und fair, dass man entsprechend einen Beitrag zur Bezahlung der öffentlichen Ausgaben leistet. Ergeben sich aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung höhere Steuererträge, ist der richtige Weg die Senkung des Steuerfusses und nicht eine automatische Anpassung von Tarifen und Abzügen. Die Anpassung der kalten Progression ist gerade in Zeiten einer hohen Inflation absolut wichtig. Hier ist die Mitte-Fraktion der dezidierten Ansicht, dass dies zukünftig jährlich erfolgen soll, und hat deshalb einen entsprechenden Vorschlag auch unterstützt. Die Mitte-Fraktion lehnt die Motion ab.

Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen): Kalte Progression, warme Progression, Inflation, nominal, real – gehen Sie mal nach draussen und fragen Sie jemand, ob er noch drauskommt. Ich habe selten so lange überlegen müssen, was Sie hier genau wollen. Ich glaube, das liegt vielleicht auch an mir, aber nicht nur (*Heiterkeit*). Die kalte Progression ausgleichen, ja, dann warme Progression. Dann habe ich mich gefragt: Wann kommt die lauwarne Progression? Und «das Teil», es steht ziemlich exotisch in der Welt, und es versteht es auch niemand ausser ein paar Anwesenden. Dass, wenn ich in die Migros (*Schweizer Detailhandelsunternehmen*) gehe und alles teurer wird und mein Lohn im gleichen Ausmass steigt, dass das nicht dazu führen soll, dass ich mehr Steuern zahle, ist mir klar. Aber dieser Versuch, jetzt zu sagen, dass man, wenn der Lohn

steigt, dass man dann nicht mehr Steuern zahlen muss, das macht keinen Sinn, das widerspricht diesem Grundsatz der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Und verstehen Sie mich richtig, ich bin kein Fan der Progression. Ich bin kein Fan von hohen Steuern. Und der Kanton Obwalden hat es ja mal versucht, die Progression abzuschaffen mit einem degressiven Modell. 8000 Bürger waren dafür und 1000 waren dagegen. 8000 wollten das und sie wurden dann zurückgepfiffen vom Bundesgericht, es gibt einen Entscheid dazu.

Also das heisst: Wenn wir Mehreinnahmen generieren über die Steuern, weil die Wirtschaft gut läuft, dann können wir den Steuerfuss diskutieren, dann können wir diskutieren, was wir mit dem vielen Geld machen wollen. Daher muss ich sagen: Ich habe wirklich echt, echt viel Zeit investiert, um «das Teil» zu verstehen, und da ich es knapp verstanden habe, gehe ich davon aus, dass es in der Bevölkerung – no way – mehrheitsfähig sein wird.

Als EVP-Fraktion werden wir das nicht unterstützen können, obwohl wir natürlich für einen attraktiven Standort Zürich eintreten. Danke vielmals.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): Dieser Vorstoss reiht sich ein in eine Serie von Vorstössen ein, die zum Ziel hat, dem Staat mit einem strengen Abnehmregime Steuermittel zu entziehen. Gemäss Berechnungen des Regierungsrates kommt die Überweisung dieser Motion einem Kahlschlag bei den Steuereinnahmen gleich. Die Berechnungen des Regierungsrates gehen von Mindereinnahmen bei den Staatssteuern von 240 Millionen Franken aus. Entsprechende Mindereinnahmen wären auch bei den Gemeinden zu erwarten, also fast eine halbe Milliarde weniger Steuereinnahmen. Gabriel Mäder, es sind damit, mit dieser Motion, vor allem die hohen Einkommen bevorteilt und nicht die tiefen und mittleren, wie Sie gesagt haben. Also wenn ich jetzt da die Anfrage 281/2023 anschau, dann ist es ganz klar, dann sind es die höchsten Einkommen, die am meisten profitieren.

Mit dieser Überweisung der Motion stellen sich wichtige staatspolitische Fragen: Was soll der Staat künftig noch leisten? Was soll er künftig finanzieren? Wie schlank soll der Staat sein? Wollen wir mehr oder weniger Staat? Braucht es den Staat überhaupt noch? Die Allianz, die sich ein strenges Abnehmregime verschrieben hat, also FDP, SVP und GLP, hat diese Fragen bereits beantwortet. Sie haben aktuell 99 von 180 Mitgliedern, das heisst, Sie wollen definitiv künftig weniger Staat. Sie wollen weniger Ausgaben und weniger Einnahmen. Sie blenden dabei aus: Die Bevölkerung wächst, ergo wachsen auch die Ausgaben für Bildung, Gesundheit und die Infrastruktur.

Zum Glück braucht es für die Umsetzung dieser Motion eine Steuergesetzänderung, das heisst Paragraph 48 des Steuergesetzes müsste geändert werden. Damit hat die Bevölkerung am Schluss bei einer Referendumsabstimmung ein gewichtiges Wort mitzureden. Die Alternative Liste ist überzeugt, dass wir das Referendum gewinnen würden. Wir überweisen diese Motion nicht. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Roland Kappeler (SP, Winterthur): Lieber Mario Senn, liebe bürgerliche Steuer-senker und Avenir-Suisse-Followers, der Regierungsrat und insbesondere unser

Fraktionssprecher Stefan Feldmann und einige Vorrednerinnen und Vorredner haben ausführlich begründet, warum Ihr Anliegen nicht sinnvoll ist und mehr Probleme schafft als löst. Das Argument der degressiven Wirkung ist heuchlerisch und pseudosozial, es geht letztlich allein um Steuersenkung und Verknappung der staatlichen Mittel. Das darf man wollen. Aber, liebe Liberale, eure Grundannahme der steigenden Staatsquote ist falsch. Statt Avenir Suisse nachzuplappern solltet ihr bei eurem Leibblatt (*gemeint ist die NZZ*) bleiben und dieses besser lesen. In der NZZ vom 30. April dieses Jahres zerpflückt nämlich Hansueli Schöchli, ein durch und durch linientreuer NZZ-Redaktor, dessen scharfsinnige, faktenbasierte Analysen ich aber sehr schätze, die falsche Argumentation von Avenir Suisse. Ich zitiere: «Avenir Suisse empfiehlt eine Korrektur dieses Wohlstandseffekts bei der Steuerprogression durch regelmässige Anpassungen des Progressionsverlaufs an den Reallohnanstieg.» Subito wurde ein solcher Antrag, analog zu eurer Motion im Bundesparlament gestellt, dort bereits überwiesen und behandelt. Ich zitiere deshalb weiter: «Die Wirtschaftskommission des Nationalrats will nun zusätzlich auch die Entwicklung der Reallöhne bei den Korrekturen der Steuerprogression berücksichtigen. Ein deklariertes Kernargument: Wenn alle Einkommen gleich steigen, verändere sich die relative Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen nicht – und ohne Korrektur der realen Progression würde die Gesamtsteuerbelastung laufend wachsen, bis irgendwann alle Steuerpflichtigen in der höchsten Progressionsstufe seien.» Ja, vom 13er träume ich auch immer noch. Und jetzt aber genau hinhören, Zitat NZZ: «Doch insgesamt haben sich die Volkswirtschaft und die staatlichen Steuereinnahmen in den letzten Jahrzehnten etwa im Gleichklang entwickelt. 2023 lag die Fiskalquote mit rund 32 Prozent der Wirtschaftsleistung», also des BIP, «etwa gleich hoch wie im Jahr 2000. Ähnliches gilt für die etwas anders definierte Staatsquote.» Diesem Schluss der NZZ ist nichts beizufügen. Ich kann nur zusammenfassen: Fehlerhafte Analyse von Avenir Suisse, falsches Rezept in eurer Motion, die von euch befeuerte warme Progression ist nur warme Luft, deshalb Nein zu dieser staatschädigenden Motion.

Gabriel Mäder (GLP, Adliswil) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte etwas zu den 240 Millionen sagen, die Sie so schwer vermissen: Diese 240 Millionen sind bereits heute weg, dieser Kahlschlag hat bereits stattgefunden. Wenn Sie die Antwort richtig gelesen haben, gehen 100 Millionen bereits für die kalte Progression in Abzug und die zweiten 140 Millionen, die haben wir bereits hier im Rat beschlossen, das sind nämlich die 2 Prozent Steuerfussreduktion, die Senkung von 100 Prozent auf 98 Prozent. Wir leben bereits diese warme Progression, allerdings haben wir sie noch nicht so umgesetzt. Und warum möchten wir, dass sie so umgesetzt wird mit der warmen Progression? Weil wir dann eben die höheren Einkommen stärker belasten würden als die tieferen und mittleren. Genau das ist der Effekt dieser Progression. Und bitte lassen Sie sich doch nicht von diesem Begriff «Avenir Suisse» so triggern, sondern schauen Sie sich die Zahlen an, was dabei herauskommt. Hätten wir diese Motion bereits 2012 umgesetzt, wären wir heute mit der Fiskalquote, die Sie erwähnt haben, Herr Kappeler, am genau gleichen Ort, wie wir heute sind. Nur hätten wir die Lasten so verteilt, dass der Mittelstand

und die geringen Einkommen weniger belastet würden als heute. Und ich denke, das sollte auch Sie interessieren. Besten Dank.

Mario Senn (FDP, Adliswil) spricht zum zweiten Mal: Ich danke für die zuweilen auch unterhaltsame Diskussion hier. Es wurde gesagt, es sei ein neues Thema in der Schweiz. Es gibt auch aus 2014 bereits einen Vorstoss auf Bundesebene mit der entsprechend Auslegung nachher durch den Bundesrat. Also es ist jetzt nicht so, dass es erst in den letzten zwei Jahren aufgepoppt wäre. Was anders ist – und das ist auch wirklich ein Unterschied zu den 1980er-Jahren –, ist, dass die Lohnentwicklung nicht mehr so stark inflationsgetrieben ist, wie das damals der Fall war, sondern sie ist heute, wie ich es im Eingangsvotum ausgeführt habe, sehr viel stärker von Produktivitätsgewinnen abhängig, die Inflation spielt eine geringere Rolle.

Es wurde auch vom Potemkinschen Dorf gesprochen. Ganz nahe an Russland ist ja Skandinavien, und da frage ich Sie schon: Was ist denn der Grund, weshalb diese nordischen Länder das machen, die eine ausgeprägt sozialdemokratische Kultur haben? Wohl auch, weil sie gemerkt haben, dass sie hier ein Problem haben, und deshalb gleichen sie die warme oder eben die reale Progression aus.

Gabriel Mäder hat sich schon geäussert zu den Mindereinnahmen. Die Motion verlangt nicht, dass die warme Progression rückwirkend ausgeglichen wird, sondern dass das in Zukunft der Fall sein wird. Und die Zahl von 240 Millionen Franken, die der Regierungsrat bereits in der Antwort auf die Anfrage KR-Nummer 281/2023 präsentierte, zeigt das Ausmass der warmen Progression zwischen 2012 und 2024. Und der Mittelstand wird mit diesen 240 Millionen Franken stärker belastet, und solch ein Steuerwachstum soll in Zukunft nicht mehr der Fall sein. Also wenn Sie jetzt von einer halben Milliarde sprechen, ist das einfach haltlos oder Sie haben tatsächlich diese Antwort des Regierungsrates nicht gelesen.

Die Steuerbelastung des Mittelstandes stieg wegen der warmen Progression gemäss der Stellungnahme von 2012 bis 2024 – ich wiederhole das –, also während zwölf Jahren um 240 Millionen Franken, das sind also 20 Millionen Franken pro Jahr. Um so viel, um diesen Wert würden die Steuererträge weniger wachsen pro Jahr.

Und einfach noch ein Vergleich: Mit der vom Regierungsrat beschlossenen Erhöhung des Eigenmietwerts steigen die Steuereinnahmen auf einen Schlag um 90 Millionen Franken, also das ist die Grössenordnung. Und deshalb ist es auch etwas speziell, wenn die sozialdemokratischen Sprecher hier von «Kahlschlag» und so weiter sprechen, das hat weder Hand noch Fuss.

Die Mitte hat die Ablehnung begründet, ich finde sie schade, sie erstaunt auch ein wenig. Im Kanton Graubünden wurde die Forderung nach Abschaffung der warmen Progression von einem Mitte-Grossrat, Tino Schneider, eingereicht. Die SP hat damals übrigens zugestimmt – oder nicht damals, sondern dort. Ich unterstütze auch Thomas Anwanders Forderung nach einer Gesamtschau, das ist immer sinnvoll. Auch hier aber noch zur Ergänzung: Auch wenn Sie die reale Progression ausgleichen, dann gleichen Sie immer auch die Inflation aus.

Dann hat Herr Scognamiglio die Ablehnung der EVP begründet, ich fasse sie wie folgt zusammen: Wir unterstützen es nicht, weil wir es nicht verstanden haben (*Heiterkeit*). Ich nehme das zur Kenntnis.

Noch etwas: Ein Ausgleich der Progressionsklassen – und egal, ob Sie jetzt die warme oder die kalte Progression ausgleichen –, wenn Sie die Progressionsstufen ausgleichen, dann profitieren immer jene Personen, die sich in diesen Progressionsklassen bewegen, und das ist ein Mittelstand, das sind die unteren Einkommen. Und deshalb bin ich auch nicht so sicher, wie hier gesagt wurde, dass das Anliegen in einem Referendum absolut chancenlos wäre, ich glaube das überhaupt nicht; gerade auch, weil es hier wirklich etwas ist, durch das die unteren Einkommen und der Mittelstand heute belastet werden, auch wenn hier gesagt wird, das stimme gar nicht. Aber es ist halt einfach so. Letztlich ist tatsächlich die Frage, was passiert, wenn insgesamt in der gesamten Volkswirtschaft die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit steigt. Und ich habe es gesagt, die Kernfrage ist: Will man dann den sozialen Ausgleich erreichen oder soll einfach der Staat mehr Mittel einnehmen? Und ja, da ist es halt mit unserer politischen Geisteshaltung so, dass das nicht automatisch der Fall sein soll, dass der Staat einfach mehr Mittel erhält, jedenfalls nicht so automatisch. Und wie gesagt, Sie belasten damit genau diese Personen mit höheren Steuern, die Sie sonst immer gerne zu vertreten vorgeben, und damit kann ich auch sagen: Ich habe mich im Vorfeld mit Gabriel Mäder intensiv unterhalten... (*Der Ratspräsident unterbricht den Votanten*).

Ratspräsident Jürg Sulser: Herr Senn, kommen Sie bitte zum Schluss.

Mario Senn fährt fort: ...und spekuliert, wie die SP ablehnen würde. Heute hat sie gesagt: Das Staatswachstum ist ihr wichtiger als sozialer Ausgleich.

Regierungsrat Ernst Stocker: Ich möchte Mario Senn für die kreative Motion danken. Ich muss einfach sagen, es wurde ja in der Debatte schon gesagt: Man verlangt hier mit einer Motion eine Gesetzesänderung – Punkt, fertig, Schluss. Man hätte ja mit einem Postulat mal eine Auslegeordnung verlangen können, dann hätte ich als Finanzdirektor – und ich bin überzeugt, auch der Regierungsrat – diese Fragen mal geprüft. Und sonst, muss ich Ihnen sagen: Wir haben schon eine gewisse Verantwortung in der Regierung, und die Beurteilung der Vorstösse erfolgt auch nicht nach persönlichen Präferenzen. Ich mag Sie eigentlich alle (*Heiterkeit*). Aber ich bin auch verantwortlich für diesen Haushalt. Und man redet immer von denen, die man entlasten will. Also wenn Sie jemanden entlassen wollen, dann gibt es weniger Geld. Und erstaunlicherweise muss ich ja sagen, dass man jetzt auf einmal die tiefen und mittleren Einkommen im Kanton Zürich entlasten will, die im Vergleich schweizweit gar nicht so schlecht unterwegs sind. Bis jetzt forderten die Vorstösse immer, die hohen Einkommen müssten entlastet werden. Wir hatten zwei Volksabstimmungen, um den 13er abzuschaffen. Aber jetzt höre ich hier, der sei eigentlich zu günstig. Wenn ich das fertig spinne: Vom 13er profitieren alle.

Ich möchte nochmals in Erinnerung rufen: Ich halte unser Steuersystem eigentlich für nicht so schlecht. Und ich bin auch erstaunt, dass man jetzt von bürgerlicher Seite als Vorbild der Steuerpolitik die nordischen Länder aufgreift. Also das erstaunt mich doch etwas, denn hier gibt es doch einige – wie soll ich sagen – «Böcke» bei diesen, sodass die Leute wegziehen aus den nordischen Ländern. Und nochmals zur Erinnerung: 70 Prozent der etwa 1,1 Millionen Steuerzahlenden im Kanton Zürich – 70 Prozent – zahlen 20 Prozent der Steuererträge und sind etwa mittel aufgestellt in der Belastung schweizweit. 25 Prozent der Steuerzahlenden zahlen 40 Prozent des Steuerertrages, und die sind sehr gut aufgestellt, die mittleren Einkommen. Schweizweit natürliche Personen im Kanton Zürich: Rang 5, Einkommen, 80'000 bis 120'000 Franken, da sind wir eigentlich an der Spitze. Und jetzt wollen Sie diese entlasten? Und bei den hohen Einkommen zahlen 5 Prozent 40 Prozent der Steuererträge, und wir haben für die hohen Einkommen eine hohe Belastung. Das sind die Fakten, von denen ich ausgehe, und deshalb haben wir auch von diesen Zahlen geredet. Aber wenn Sie glauben, Sie können jemanden entlasten und es gibt dann keinen Einbruch im Staatshaushalt, an diese Geschichte glaube ich nicht. Verantwortliche Haushaltspolitik erwarte ich schon, wenn man über Inflation und Progression und solche Sachen redet. Die Schweiz ist – ich habe es schon einmal gesagt –, die Schweiz ist so gut durch diese Phase gekommen, weil wir eine tiefe Verschuldung haben und einen starken Franken. Und einen starken Franken haben wir nicht nur wegen der SNB (*Schweizerische Nationalbank*), sondern wir haben einen starken Franken wegen unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und unserer tiefen Verschuldung. Das ist die Korrelation der starken Währung, und deshalb glaube ich einfach: Wenn Sie – und Sie werden es ja tun – die Motion überweisen, dann erwarte ich also schon, dass Sie auch etwas Verantwortung übernehmen. Wie sind jetzt dann in der Budgetphase, aber da spüre ich nichts. Die Leistungen des Staates werden laufend ausgebaut. Und wenn Sie glauben, irgendwer zahlt das einmal – ich habe mir das letzthin einmal überlegt –, irgendjemand muss das zahlen, ich wahrscheinlich nicht mehr. Aber manchmal habe ich den Eindruck, und ich sage es jetzt deutsch und deutlich: In diesem Saal wird mit den staatlichen Mitteln, mit Steuergeldern auf und nieder und leichtfertiger umgegangen, als mein Enkel mit seinem Sackgeld umgeht (*Heiterkeit*).

Meine Damen und Herren, das beschäftigt mich. Das beschäftigt mich, weil ich nach wie vor überzeugt bin, dass die Mehrheit der Zürcher Bevölkerung will, dass unser Haushalt ausgeglichen ist, dass wir nicht einfach Schulden aufnehmen. Momentan nimmt der Kanton Zürich Millionen von Franken auf, um seine Leistungen zu erbringen. Und dann einfach zu sagen, «ja, jetzt machen wir hier etwas, jetzt machen wir dort etwas», ohne dass Sie die Konsequenzen tragen müssen, meine Damen und Herren, das finde ich fahrlässig. Und deshalb bitte ich Sie, die Motion abzulehnen. Besten Dank.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 100 : 76 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Motion KR-Nr. 412/2023 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.